12/2019

ANDREAS LÄMMELS

BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

es war schon ein seltsamer Auftritt, den Greta Thunberg da beim UN-Klimagipfel hinlegte. In ihrer Wutrede warf sie den Politikern vor, ihre Kindheit zerstört und ihre Träume gestohlen zu haben. Das war schon starker Tobak. Nun kann ich diesen Sprüchen nicht zustimmen. Gerade die aktuelle Generation der Kinder und Jugendlichen in der EU wachsen in einem unvergleichlichen Wohlstand auf. Ihnen steht die Welt offen wie nie zuvor einer Generation.

Die aktuellen Klimahysterie bekommt ganz neue Dimensionen. So soll ab dem 7. Oktober Berlin blockiert werden, weil angeblich angemessene politische Maßnahmen in der Klimapolitik nicht in Sicht sind. Die Klassifizierung kennt nur noch zwei Gruppen von Menschen: die Guten, die sich für radikalen Klimaschutz aussprechen, und die Bösen, welche nur Klimaleugner sein können. In dieser sehr aufgeheizten Diskussion fällt es immer schwerer, eine sach– und realitätsbezogene Debatte zu führen. Die Kommentare zum gerade erst beschlossene Klimapaket lagen bereits vor dem Beschluss fertig in den Schubkästen der Medien. Große Teile der Medien heizen mit einer undifferenzierten Berichterstattung die öffentliche Debatte noch an. Das ist aber nicht ihre Aufgabe, die Gebührenzahler können zum Beispiel von den öffentlich-rechtlichen Medien eine objektive Berichterstattung erwarten. Die intensiven Befassung mit den Eckpunkten des Klimapakets lohnt sich aber. Es ist uns weitestgehend gelungen von der unsäglichen Kultur der Verbote auf ein System der Anreize umzusteigen.

Leider hat die allgemeine Hysterie auch den Stadtrat in Dresden erreicht. Ein Klimanotstand in unsere Stadt, das ist doch nun wirklich Unsinn. Die Auftritte in New York bewegen dann auch nicht wirklich etwas. Die Umsetzung der konkreten Maßnahmen bleibt das Maß aller Dinge.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein schönes Herbstwochenende.

Ihr

Gesetz für bessere Löhne in der Pflege. In erster Lesung wurde die Festsetzung von Mindestentgelten in der Pflegebranche beraten. Dafür sind zwei Wege vorgesehen: Neben dem tarifvertraglichen Weg unter Beachtung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts steht die Festsetzung von Mindestentgelten durch Rechtsverordnung auf Grundlage eines Vorschlages der Pflegekommission. Weiterhin wird die Funktionsfähigkeit der Pflegekommission gesichert, indem sie als ständiges Gremium für die Dauer von fünf Jahren etabliert wird.

Hebammenreformgesetz. Durch eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2005 ist es notwendig geworden, die Hebammenausbildung in Deutschland als akademischen Beruf zu etablieren. Daher wurde nun die Einrichtung eines dualen Studienganges mit hohem Praxisanteil beschlossen, um angehenden Hebammen durch eine zusätzliche wissenschaftliche Ausbildung Unterstützung für ihre Verantwortung im späteren Berufsalltag zukommen zu lassen.

Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung. Wir haben die Reform der Psychotherapeutenausbildung in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Das bisherige Konzept eines Hochschulstudiums mit anschließender kostenpflichtiger Ausbildung wird nach einer Übergangsphase abgelöst durch eine entlohnte Direktausbildung. Das Studium soll hierbei verfahrensbreit und altersgruppenübergreifend angelegt sein. Mit dieser Reform soll auch die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen verbessert werden. Der neue Studiengang wird zum Wintersemester 2020 erstmals an den Hochschulen angeboten.

Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs. Das Gesetz soll der Praxis missbräuchlicher Abmahnungen entgegenwirken. Grundlage ist eine entsprechende Unionsforderung im Koalitionsvertrag sowie eine Entschließung der Koalitionsfraktionen im Juni 2018, kleine und mittlere Unternehmen vor kostenpflichtigen Abmahnungen aufgrund von Verstößen gegen die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zu schützen. Ein wesentlicher Ansatz ist es, finanzielle Anreize für lauterkeitsrechtliche Abmahnungen abzubauen.

© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften. Wir diskutierten in erster Lesung Vorschläge zur besseren Förderung einer umweltfreundlichen Mobilität. In dem Maßnahmenkatalog sind u.a. Sonderabschreibungen für E-Lieferfahrzeuge und die Verlängerung der begünstigten Bemessungsgrundlage der Dienstwagenbesteuerung bei privater Nutzung eines betrieblichen Elektrofahrzeuges vorgesehen. Auch ist etwa die Nutzung von Dienstfahrädern geregelt, hier gilt ebenfalls eine Steuerbefreiung.

Neuntes Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Die Möglichkeit zur Überprüfung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst auf eine Tätigkeit in der Stasi wird bis zum Jahr 2030 verlängert. Sie wäre ansonsten im Dezember 2019 weggefallen. Zugleich fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung in einem Beschluss auf, die für die Integration des Stasi-Unterlagenarchivs in das Bundesarchiv notwendigen Gesetzesänderungen vorzubereiten. Dies entspricht dem Konzept des Stasiunterlagenbeauftragten zur zukunftssicheren Neuordnung des Stasiunterlagen-Archivs, das in das Bundesarchiv überführt wird. Im Rahmen des künftigen Gesetzes sollen etwa auch Mittel zur Digitalisierung der Stasi-Akten bereitgestellt werden. Zudem soll am Standort in Berlin-Lichtenberg ein Archivzentrum zur SED-Diktatur entstehen. Nicht zuletzt wird im Bundesarchiv ein eigener Leitungsbereich „Stasi-Unterlagen-Archiv“ eingerichtet, wo künftig die speziellen Aufgaben des jetzigen Stasiunterlagenbeauftragten weitergeführt werden.

KLIMASCHUTZPROGRAMM 2030

Die Klimaziele, zu denen sich Deutschland im Rahmen internationaler Vereinbarungen verpflichtet hat, gelten für Deutschland ohne Abstriche. Dabei setzt die Unionsfraktion auf **Anreize statt Verbote. Wirtschaftlichkeit und Offenheit für neue Technologien sind genauso wichtig wie soziale Fairness.** Bei allen notwendigen Anpassungen legt sie Wert darauf, die Menschen mitzunehmen.

Mit dem nun vom Klimakabinett verabschiedeten Gesamtpaket soll sichergestellt werden, dass das Klimaziel für 2030 eingehalten wird. Bis dahin soll der Treibhausgasausstoß auf 55 Prozent des Werts von 1990 sinken. Das bedeutet eine **Verringerung der Emissionen von derzeit 866 Millionen Tonnen CO2 im Jahr** auf 563 Millionen Tonnen. Alle Maßnahmen zusammen kosten den Schätzungen zufolge mehr als 50 Milliarden Euro. Zur Finanzierung will der Staat allerdings keine neuen Schulden aufnehmen.

Der schwierigste Brocken in den Verhandlungen war die **CO2-Bepreisung**. Während die Unionsfraktion von Anfang an auf einen nationalen Emissionshandel im Bereich Wärme und Verkehr drang, wollte die SPD eine CO2-Steuer einführen. Am Ende setzte sich die Union durch. Der Handel mit CO2-Zertifikaten soll einen Schub an Innovationen bringen. **Der Festpreis für eine Tonne CO2 soll im Jahr 2021 bei zehn Euro liegen und sich dann bis 2025 auf 35 Euro pro Tonne CO2 steigern.** In den Jahren danach soll der Preis vom Markt bestimmt werden, wobei die Zahl der verfügbaren Zertifikate immer weiter verringert wird. Je höher der Preis klettert, desto unattraktiver wird es, diese Zertifikate zu kaufen – umso eher werden sich die Marktteilnehmer nach CO2-freien Lösungen umsehen: bei der Produktionsweise, beim Autokauf oder bei der Anschaffung einer Heizung.

Mit der **Senkung des Strompreises** soll gleichzeitig dafür gesorgt werden, dass es für die Bürger unter dem Strich nicht teurer wird. Auch die **Pendlerpauschale soll ab 2021 um fünf Cent auf 35 Cent ab dem 21. Kilometer erhöht** werden. Die Anschaffung einer modernen energiesparenden Heizung soll mit 40 Prozent der Kosten gefördert werden. Ab 2026 soll der Einbau von Ölheizungen komplett verboten werden.

Von den Anreizen für klimafreundliches Verhalten lag der Unionsfraktion die **steuerliche Förderung der Gebäudedämmung** besonders am Herzen, da der Gebäudesektor für 14 Prozent der gesamten CO2-Emissionen in Deutschland verantwortlich ist. Und auch im Verkehrsbereich sind eine Reihe von Maßnahmen geplant. So sollen **Tickets im Fernverkehr der Bahn billiger** werden, indem die Mehrwertsteuer gesenkt wird. Finanziert werden soll dies durch eine Anhebung der Luftverkehrsabgabe, durch die Dumping-Preise für Flugtickets verhindert werden. Elektroautos werden weiter gefördert und die Ladeinfrastruktur für sie wird ausgebaut. Der **Öffentliche Personennahverkehr soll attraktiver werden; auch Radwege werden weiter ausgebaut**.

Eckpunkte Klimaschutzprogramm 2030

Phase 1	Phase 2	Phase 3
Maßnahmen der Bundesregierung setzen Anreize zur CO2-Vermeidung und beschleunigten Minderung von CO2-Emissionen	**Einführung einer CO2-Bepreisung mit Festpreis**	**Effektive Preisbildung für CO2-Emissionen am Markt**
u.a. durch: • Förderung energetische Gebäudesanierung • Förderung Ersatz alter Heizungen • billigere Bahntickets für Fernverkehr • Förderung E-Mobilität	• Einführung nat. Emissionshandels für Emissionen aus Gebäuden & Verkehr • Emissionshandel begrenzt Menge an ausgestoßenem CO2 punktgenau • wenige Unternehmen kaufen Zertifikate, nicht Bürger • Klimaziele werden damit marktwirtschaftlich erreicht und Innovationen angeregt	• ausreichende Erfahrungen ermöglichen Preiskorridor mit Mindest- und Höchstpreisen • Mengensteuerung über EU-Vorgaben

BEGEGNUNGEN

Unter dem Motto **„MdB trifft THW — Sicherheit im Blick“** demonstrierten rund 400 ehren- und hauptamtliche THW-Vertreterinnen und -Vertreter aus ganz Deutschland den Bundestagsabgeordneten die vielfältigen Fähigkeiten des Technischen Hilfswerks. Dabei konnte ich insbesondere einen Einblick in aktuelle Entwicklungen beim Dresdner Ortsverbandes gewinnen.

Unser **Nachbarkontinent Afrika** stand im Mittelpunkt der **4. Handelspolitischen Runde**, die ich gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen Thomas Bareiß und Stefan Rouenhoff ins Leben gerufen habe. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Afrika-Vereins der Deutschen Wirtschaft, Dr. Stefan Liebing, diskutierten wir darüber, wie deutsche Unternehmen der Einstieg in afrikanische Märkte erleichtert werden kann und welche Rahmenbedingungen für stärkere Handelsbeziehungen notwendig sind. Dabei haben wir insbesondere den Entwicklungsinvestitionsfonds und mögliche Handelsabkommen besprochen.

Von der Lage vor Ort machte ich mir bei meinen letzten beiden Reisen nach **Nigeria und Uganda** ein Bild. Die Entwicklungen in Uganda machen mehr Hoffnung. Im Rahmen eines **Privatsektorforums** in der ugandischen Hauptstadt Kampala kam ich mit Wirtschaftsvertretern ins Gespräch.

Nach dem Klimakabinett am vergangene Freitag hatten **Besucher aus Dresden** zu Beginn der Woche gleich die Gelegenheit, mich mit Fragen zu den Beschlüssen zu löchern.

TERMINE

28.09.2019, Dresden
Treffen mit Delegation aus Brazzaville

28.09.2019, Dresden
Empfang der Staatliches Kunstsammlungen Dresden

30.09.2019, Dresden
25 Jahre Vodafone-Lehrstuhl a n der TU Dresden

1.10.2019, Berlin
Besuchergruppe aus dem Wahlkreis

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin , Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943
Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www. facebook.com/laemmelmdb